

## Beschlossene Schuldenerleichterung für Griechenland nun doch fraglich

*Nach der Ankündigung den griechischen Rentnern mit niedriger Pension unter die Arme greifen zu wollen, reagierte der ESM mit Stilllegung der Pläne für Schuldenerleichterungen.*

Anfang Dezember hatten sich die Europäischen Finanzminister der Eurozone, bei ihrem Treffen der Euro-Gruppe, auf eine Verlängerung der griechischen Kreditlaufzeiten von 28 Jahren auf 32 Jahren geeinigt. Zudem sollte Griechenland von den zurzeit sehr günstigen Zinsen profitieren, indem der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) einen Zinsswap durchführen würde. Ein Zinsswap ist eine Wette auf Zinsänderungen und beinhaltet einen Tausch von variablen zu fixen Zinsen oder umgekehrt. Ziel dieser kurzfristigen Maßnahmen zur Schuldenerleichterung war Griechenland wieder an den Finanzmarkt zu bringen, berichtete damals die Zeit.

In der vergangenen Woche kündigte Griechenlands Regierung an, dass man eine einmalige Zahlung in Höhe von 800 Euro an jeden Rentner mit niedrigen Pensionen auszahlen möchte. Diese einmalige Auszahlung würde ein Gesamtvolumen von 617 Millionen Euro umfassen. Zudem sollen die geplanten Mehrwertsteuererhöhungen der Regierung für einige Inseln in der Ägäis entfallen.

Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras begründet die Entscheidung mit der günstigen Etatentwicklung. Im Juni hatte die griechische Regierung mit den Geldgebern vereinbart, dass ein Primärüberschuss von 0,5 Prozent des BIP erzielt werden soll. Bei Erreichen dieser Vorgabe soll der über den Vorgaben erzielte Überschuss nach Absprache mit den Kreditgebern für sozial schwache Griechen oder für Steuersenkungen verwendet werden. Der griechische Finanzminister Euklis Tsakalotos betonte, dass die beschlossene Einmalzahlung an Rentner mit niedrigen Pensionen die vereinbarten Haushaltspläne nicht gefährden würde, so die Nachrichtenagentur Reuters.

Wie die FAZ diese Woche berichtet, reagierte der ESM auf die Ankündigung Tsipras damit, dass die Schuldenerleichterungen vorerst auf Eis gelegt werden. Die Geldgeber IWF, EZB und ESM sind nach Angaben des Sprechers von Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem zu dem Entschluss gekommen, dass die Maßnahmen nicht mit den Reformvereinbarungen des Hilfsprogramms in Einklang zu bringen sind.

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

## Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:  
12. Dezember bis 18. Dezember*

### Türkische Konjunktur schwächt

Montag, 12. Dezember – Die türkische Wirtschaft ist im dritten Quartal erstmals seit 2009 geschrumpft. Ökonomen rechneten mit einem Verlust des BIP von 0,5 Prozent, doch sank das BIP binnen Jahresfrist um 1,8 Prozent. Investoren und Verbraucher sollen sich nach den Putschversuchen im Juli mit Investitionen zurückgehalten haben. Nach Ansicht des Beraters des türkischen Präsidenten Bülent Gedikli, werde die türkische Wirtschaft künftig wieder wachsen, da der aktuelle Rückgang des BIP nicht das Potenzial im Land widerspiegeln würde, berichtet Reuters.

### Fed erhöht Leitzins

Mittwoch, 14. Dezember – Die amerikanische Notenbank Fed hat den Leitzins zum zweiten mal in diesem Jahr erhöht. Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage erhöhte die Fed den Leitzins auf eine Spanne von 0,5 bis 0,75 Prozent und wurde somit um 0,25 Prozentpunkte erhöht. Bereits im November habe die Notenbank mit dem Gedanken gespielt den Leitzins zu erhöhen, entschloss sich aber aufgrund des US-Wahl Ergebnisses dagegen, da die ökonomischen Folgen nicht abzuschätzen gewesen seien, so die Süddeutsche Zeitung.

Lehrstuhl für Makroökonomik  
**MacroNews**  
50. Kalenderwoche

Des Weiteren gab der Sprecher bekannt, dass einige Eurostaaten zu demselben Entschluss gekommen sind. Aus diesem Grund kann der Beschluss der Schuldenerleichterung nicht vollzogen werden, denn dieser kann nur einstimmig von den Euro-Finanzsekretären beschlossen werden kann.

Nach der Ankündigung die Schuldenerleichterungen erstmal anzuhalten, reagierte EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici und teilte am Donnerstag mit, dass er keinen Grund sehe die beschlossenen Vereinbarungen über die Schuldenerleichterung in Zweifel zu ziehen. Auch Frankreichs Präsident Francois Hollande würde eine Schuldenerleichterung für Griechenland weiterhin begrüßen, ebenso könne Griechenland nicht zugemutet werden weitere Sparmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Der Internationale Währungsfond (IWF) hat sich diese Woche auch gegen weitere Sparprogramme in Griechenland ausgesprochen. So sind ist der Chef der Europa-Abteilung des IWF Poul Thomsen und Chefvolkswirt Maurice Obstfeld der Auffassung, dass der von einigen Staaten geforderte Primärüberschuss von 3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts für die nächsten zehn Jahre ab 2018 zu hoch sei und ein Überschuss von 1,5 Prozent ausreichend wäre. Ein zu hoher Primärüberschuss würde dazu führen, dass die sich zurzeit erholende griechische Wirtschaft wieder abbrems. Vielmehr sieht der IWF ein Bedarf die Einkommenssteuer und das Pensionssystem zu bearbeiten. In Griechenland seien mehr als die Hälfte der Haushalte von der Einkommenssteuer befreit, während in den anderen Eurostaaten nur acht Prozent im Durchschnitt befreit seien. Das Pensionssystem sei mit Ausgaben von elf Prozent des BIP viel zu großzügig, denn in die anderen Eurostaaten würden im Durchschnitt nur 2,25 Prozent des BIP für Pensionen ausgeben. Nach Ansicht des IWF wären diese Maßnahmen günstiger als weitere Kürzungen bei öffentlichen Investitionen und den Ausgaben für öffentliche Dienste, berichtet die FAZ.

#### Hintergrund | Griechenland Schuldenkrise

[FAZ: Schuldenerleichterungen für Griechenland stehen auf der Kippe](#)

#### Prognosen des Ifo-Institut

Freitag, 16. Dezember – Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters rechnet das Institut für Wirtschaftsforschung (Ifo) mit einem Ende der stabilen Preise in Deutschland. So soll die Inflation in Deutschland im kommenden Jahr mit etwa 1,5 und im übernächsten Jahr mit 1,7 Prozent ausfallen. Dies würde eine Verdreifachung der Inflationsrate im Vergleich zu diesem Jahr bedeuten. Als Ursache für diesen Anstieg sieht das Ifo-Institut die anziehenden Ölpreise. Ifo-Präsident Clemens Fuest rechnet auch im gesamten Euroraum mit einem Anstieg der Inflation und legt der EZB nahe den Ausstieg aus dem Anleihenprogramm zu beschleunigen. Weiterhin korrigierte das Ifo-Institut die Prognose zum Wachstum des BIP in diesem Jahr um 0,1 Prozentpunkte auf 1,5 Prozent nach oben. Der Überschuss im Staatshaushalt soll jedoch von 21,5 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 9,2 Milliarden Euro 2018 sinken.

#### Zahl der Woche

5,0%

Zuwachs bei Pkw-Zulassungen erwartet der Verband der europäischen Automobilhersteller (ACEA) im gesamten Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr.

Reuters